

ELBE - ELSTER ECHO

Informationsblatt der Linken Elbe-Elster für Mitglieder und Sympathisanten

Seite 3 - aus dem Bundesvorstand

Seite 4 - Interview mit Ralf Christoffers

Seite 5 - Doberlug - Kirchhainer Linke zu Gast in der Partnerstadt Kirchhain - Hessen

Seite 6 - Eurokrise - jetzt droht Deflation

DIE LINKE.
Kreisverband Elbe-Elster

Neuer Kreisvorstand in Elbe-Elster gewählt

Nächste Aufgaben benannt

In einer Mitgliederversammlung wurde der neue Vorstand gewählt



Am 16. 11. 2013 wählten über 60 Genossinnen und Genossen im Kreis Elbe-Elster ihren Vorstand für die nächsten 2 Jahre.

Liebe Leserinnen und Leser des Elbe-Elster-Echos,

Auf Beschluss der Mitgliederversammlung wurde festgelegt, künftig zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter für den Vorsitzenden zu wählen. Mitglieder des neuen Kreisvorstandes wurden: Karla Pohl, Diana Bader, Viola Simon, Vincenz Lorenz und Udo Linde.

In ihren schon bisher ausgeübten Funktionen wurden bestätigt: Ute Miething als stellvertretende Kreisvorsitzende, Elke Rädisch als Kreisgeschäftsführerin und Jürgen Gießmann als Schatzmeister. Matthias Koj erhielt das Vertrauen als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden.

„Die Zeiten ändern sich, und wir uns mit ihnen“ dieses Zitat des römischen Dichters Ovid im Jahrhundert vor Christus wählte ich zum Leitmotiv meiner inhaltlichen Darlegungen. Auf einige Aspekte möchte ich nachfolgend in Auszügen eingehen.

Stand unsere damalige Gesamtmitgliederversammlung zu den Vorstandswahlen im Jahre 2011 unter

dem Eindruck der Verabschiedung eines Parteiprogrammes der Linken auf dem Erfurter Parteitag, so fand die Beratung am 16.11.2013 unter dem Eindruck der Bundestagswahlen und vor allem unter dem Eindruck des Bundestagswahlergebnisses vom September 2013 statt; denn das Ergebnis dieser Bundestagswahl hat die politische Landschaft in der Bundesrepublik verändert.

Die CDU ist zwar mit Abstand stärkste Partei geworden, verfehlte aber die wohl erhoffte absolute Mehrheit und braucht folglich einen neuen Koalitionspartner, da ihr die FDP abhanden gekommen ist. Rechnerisch gibt es sogar eine Mehrheit von rot-rot-grün, realpolitisch zeichnete sich die große Koalition von CDU und SPD von Anfang an ab, auch wenn es in den Koalitionsverhandlungen bei einigen Themen knirscht und der Koalitionsvertrag noch nicht geschlossen ist.

Was das Agieren der SPD in den Koalitionsverhandlungen betrifft, ist festzustellen, dass der Druck von links, von unserer Partei, auch in der Form Wirkung gezeigt hat, dass die SPD letztlich 10 Kernforderungen, die unabdingbar sein sollen, formuliert hat. Sie lauten:

1. Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn sowie die wirksame Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit
2. Altersarmut soll dauerhaft verhindert werden, Angleichung der Rentensysteme in Ost- und West
3. Verbesserungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen
4. Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern
5. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft
6. Finanzielle Stärkung der Kommunen, nachhaltige Entlastung von Kosten sozialer Leistungen

7. Mehr Investitionen in die Infrastruktur
8. Besseres und gerechteres Bildungssystem
9. Wirksame Regulierung der Finanzmärkte, vor allem eine Finanztransaktionssteuer
10. Sicherung und Stärkung von Wachstum und Beschäftigung in Europa

Der aufmerksamen Leserin und dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, dass wir uns als Linke inhaltlich in diesen Kernforderungen in großen Teilen wiederfinden, denn hier wird nunmehr auch festgeschrieben, was wir teils seit Jahren einforderten. Was noch vor Jahr und Tag als utopische, unrealistische, unsolide, nicht zu finanzierende und wirtschaftsschädliche Forderungen der Linken abgetan wurde, hat nunmehr inhaltlich in unserer Gesellschaft Wurzeln geschlagen, sodass z.B. am Mindestlohn kein Weg mehr vorbeiführen wird.

„Die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen“ kann man auch mit Blick auf das Wahlergebnis unserer Partei bei der Bundestagswahl sagen. Im Tagesspiegel hieß es am 23.09.2013:

„Zu Jahresfang stand die Linkspartei am Tiefpunkt, die Genossen fürchteten die Fünfprozenthürde. Die neuen Parteichefs haben die Partei beruhigt, Gysi hat sie wieder groß gemacht.“

Und Gysi selbst: „Wer hätte das gedacht“, sagt der jubelnde Sieger, „dass diese Partei die drittstärkste Kraft der Bundesrepublik Deutschland wird? Das haben wir geschafft.“

Mit einem kurzen Verweis auf die Kommunal- und Landtagswahlen des Jahres 2014 möchte ich schließen und tue dies einleitend mit einem Zitat des Schriftstellers Ingo Schulze aus seiner bemerkenswerten Dresdner Rede von 2012 mit dem Titel

„Unsere schönen neuen Kleider –
Gegen die marktkonforme Demokratie
– für demokratiekonforme Märkte“

Zitat:

„Demokratie bedeutet aber vor allem ein Gemeinwesen, das in der Lage ist, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Fehlen ihm die finanziellen Mittel oder das geeignete Personal dazu, so stellt es sich selbst in Frage. Deshalb müssen Vertreter gewählt werden, die die Interessen des Gemeinwesens wahrnehmen und es vor Ausplünderung schützen. Es braucht Vertreter, die Willens und in der Lage sind, eine marktkonforme Demokratie zu verhindern und demokratiekonforme Märkte zu schaffen.“

Es braucht Vertreter, für die Freiheit und soziale Gerechtigkeit untrennbar voneinander sind – nicht nur auf nationaler Ebene. Und es braucht eine Mehrheit, die das will und einfordert.“

„Die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen“ wählte

ich zum Leitmotiv meiner Rede anlässlich der Vorstandswahlen am 16.11.2013.

Ich finde, dass untrennbare Verbundenheit von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit und von Vertretern, die dies einfordern, ein sehr gutes Leitbild für die Wahlen des Jahres 2014 ist, deren Vorbereitung wir nunmehr mit der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten und mit der Erarbeitung unseres Kreiswahlprogrammes in Angriff nehmen.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

Joachim Pfützner

Kreisvorsitzender Die Linke Elbe-Elster

„Ein Rauch verweht, ein Wasser verrinnt,
eine Zeit vergeht, eine neue beginnt.“

Joachim Ringelnatz (1883-1934)



Der Kreisvorstand wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern besinnliche friedliche Weihnachten

sowie Glück, Gesundheit und Wohlergehen bei der Gestaltung einer guten „neuen Zeit“ im Jahr 2014.

Ihr

*Kreisvorsitzender
Die Linke Elbe-Elster*



Hartz IV bedeutet in der Praxis massenhafte Rechtsbeugung

Von den rund 588.000 Widersprüchen gegen Hartz-IV-Bescheide wurden 35,4 Prozent zugunsten der Betroffenen entschieden. Die traf auf sogar 43,3 Prozent der rund 115.000 Klagen gegen Jobcenter zu. Von den rund 59.000 Widersprüchen gegen Sanktionen, die die Kürzung der ohnehin viel zu geringen Hartz-IV-Leistungen bedeuten, wurden 37,6 Prozent zugunsten der Betroffenen entschieden, bei den rund 5.200 Klagen gegen Sanktionen waren in 43,9 Prozent der Klagefälle die Betroffenen erfolgreich. Das ergab die Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von Katja Kipping.

Dazu erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Hartz IV ist nicht nur Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Hartz IV befördert Behördenwillkür in beispiellosem Ausmaß - massenhafte Rechtsbeugung durch fehlerhafte Bescheide und rechtswidrige Sanktionen. Das Armuts-, Repressions- und Sanktionssystem Hartz IV gehört sofort abgeschafft. DIE LINKE wird ein Konzept einer sanktionsfreien, individuellen Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro in den Bundestag einbringen.

Katja Kipping

Schöner Schein trägt massiv

»Die guten Nachrichten glitzern nur so in der Herbstsonne: Erstmals mehr als 42 Millionen Erwerbstätige in Deutschland, der Herbstaufschwung ist da und die offizielle Arbeitslosenzahl sinkt auf 2,801 Millionen. Es gäbe eigentlich nichts zu meckern, würde der schöne Schein nicht massiv trügen«, so Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn zur Lage auf dem Arbeitsmarkt.

DIE LINKE hat auch in diesem Monat nachgerechnet: Ganz ohne statistische Taschenspielertricks läge die Zahl der Arbeitslosen deutlich höher, nämlich bei 3,643 Millionen. Und nach wie vor ist die Arbeitslosenquote im Osten mit 9,5 Prozent nahezu doppelt so hoch, wie im Westen des Landes mit 5,8 Prozent. Fakt ist auch, dass die Sockelarbeitslosigkeit unverändert hoch ist – ernsthafte arbeitsmarktpolitische Anstrengungen nicht unternommen werden. Es läuft eben nur scheinbar von allein, wie die Verantwortlichen in Politik und Arbeitsagentur glauben.

Statt arbeitsmarktpolitischen Tiefschlaf ist endlich Handeln gefordert. Statt Kürzen am Budget braucht es mehr Geld, mehr Anstrengungen, um Langzeitarbeitslose nicht auf Dauer abzuhängen.

Wir brauchen gesetzliche Regelungen zu Verhinderung von Lohn dumping.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro, wie von der LINKEN gefordert, würde neben einer besseren Entlohnung für geleistete Arbeit auch die Binnenkonjunktur

ankurbeln und so neue existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen.

Matthias Höhn



Impressum

V.i.S.d.P. Kreisvorstand Die Linke Elbe-Elster
stellv. E. Rädisch

Auflage: 1.500 Stück

Redaktionsschluss 30. November 2013

nächste Ausgabe: 1. März 2014

E-Mail: info@dielinke-elbe-elster.de

www.dielinke-elbe-elster.de



**Strom aus Sonne speichern
Wirtschaftsminister
Ralf Christoffers (Die Linke)**

über das Planverfahren zum Tagebau Welzow-Süd/
und eine Initiative zur Entwicklung von Speichertechnologien alternativer Energien ab 2014

Für einen zweiten Teilabschnitt im Tagebau Welzow-Süd läuft derzeit ein Planungsverfahren. Wozu wird dieser Tagebau noch gebraucht, wenn sich Brandenburg doch schon jetzt aus eigener – erneuerbarer – Kraft mit Strom versorgen könnte?

Brandenburg kann sich ab etwa 2020/2022 rein rechnerisch mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen, ab 2026/2028 sogar die gesamte Hauptstadtregion. Aber das ist ein theoretisches Modell.

Natürlich hat sich mit dem jetzt zur Entscheidung stehenden Braunkohleplan die Frage gestellt, ob der Teilabschnitt des Tagebaus Welzow Süd II energiepolitisch notwendig ist. Es wurde ein Gutachten erstellt, das auch die Versorgungssicherheit und die Entwicklung der Energiepreise berücksichtigte. Es kommt zu dem Schluss, dass die Braunkohlekraftwerke in der Lausitz für die nationale Versorgungssicherheit und die Systemsicherheit nötig sind, indem sie zusätzlich zu ihrer Aufgabe der bedarfsgerechten Stromerzeugung Frequenz und Spannung des elektrischen Systems in engen Toleranzgrenzen stabil halten. Eine Funktion, die die erneuerbaren Energien leider noch nicht leisten können.

Das Beteiligungsverfahren läuft noch bis 17. September 2013. Dabei wurde die Phase von ursprünglich 8 auf 12 Wochen erweitert. Danach werden die Ergebnisse erörtert, möglicherweise der Planungsentwurfs geändert, mit dem sich dann der Braunkohleausschuss des Landes befasst. Geplant ist, dass sich die Landesregierung im zweiten Quartal 2014 abschließend zum Braunkohleplan verständigt. Im Falle einer Inkraftsetzung ist nach 2020 mit dem Beginn des Braunkohleabbaus im Teilfeld II Welzow Süd zu rechnen.

Tagebaueegner behaupten der Teilabschnitt II in Welzow-Süd sei ein Neuaufschluss und damit rechtlich anders zu behandeln. Sie sagen, es handelt sich um eine Weiterführung

...

Die Brandenburger Landesregierung hat 2004 den überarbeiteten Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt I, in Kraft und den Braunkohlenplan 1993 außer Kraft gesetzt. Der räumliche Teilabschnitt II wurde hier bereits als Vorbehaltsgebiet raumordnerisch festgelegt.

Der Tagebau Welzow-Süd war bereits von 1993 an mit der Option der Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II angelegt worden, was so auch im Braunkohleplan festgehalten ist.

Warum gibt es dann hier ein neues Planungsverfahren?

Ein neues Planungsverfahren ist auch bei Weiterführungen von Tagebauen nötig. Zudem ist dieses erstmals mit einer strategischen Umweltprüfung verbunden.

Wenn der jetzt vorliegende Entwurf des Braunkohleplanes bestätigt wird, ist eine Umsiedlung des Ortes Proschim nötig ...

Wird der Plan bestätigt, verhandeln Vattenfall und die betroffene Kommune die Bedingungen und legen vertraglich die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungsbedingungen sowie darüber hinaus gehende Bedingungen fest. Orientiert wird sich an vorhergehenden Verträgen, aktuell an dem Entwurf zwischen Vattenfall und Trebendorf. Wann eine solche mögliche Umsiedlung erfolgt, hängt wesentlich vom weiteren Verlauf des Verfahrens ab, wahrscheinlich aber erst nach 2020.

Öffnet Welzow-Süd nicht das Tor zur Braunkohleverstromung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag?

Nein. Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt vorrangig, das ist in der Energiestrategie des Landes festgelegt. Die Braunkohle ist nur als Brückentechnologie definiert, soll also nur noch solange wie nötig betrieben werden. Die Ablösung fossiler Energieträger bleibt das definierte politische Ziel.



Rainhard Heck (li.) und Hans-Jürgen Sitt (re.) mit den Gästen aus der Kirchhainer Partnerstadt Doberlug vor dem Kirchhainer Rathaus

DIE LINKE vertieft Freundschaft zwischen den Partnerstädten Kirchhain und Doberlug-Kirchhain

Zum zweiten Mal in diesem Jahr treffen sich Mitglieder der Partei DIE LINKE aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und dem Landkreis Elbe-Elster im Süden Brandenburgs. Diesmal sind die Brandenburger_innen zu Gast in Kirchhain. Am gestrigen Anreisetag besichtigten die Gäste unter der kundigen Leitung der Stadtführerin Inge Sturm die Universitätsstadt Marburg. Der Abend klang feucht-fröhlich zusammen mit einigen Marburger Genoss_innen aus, bei dem auch der eine oder andere „Schwank aus der Jugend“ sowohl aus der damaligen DDR und der damaligen BRD vorgetragen wurde.

Heute und morgen stehen weiter Besichtigungstouren rund um Kirchhain auf dem Programm. Die gegenseitigen Besuche gehen auf eine Initiative des Kirchhainer Stadtverordneten Reinhard Heck (DIE LINKE) zurück, der die Städtefreundschaft zwischen Kirchhain in Hessen und Doberlug-Kirchhain mit Leben erfüllen will. Persönliche Kontakte sind der beste Weg, Mauern in den Köpfen einzureißen.

In der Freundschaftsurkunde heißt es: „Die am 09. November 1989 vollzogene Öffnung der Grenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern ist ein historisches Ereignis und führte nach mehr als 40 Jahren der Trennung zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. In diesem wiedervereinigten Deutschland gibt es nur zwei Städte mit der gleichen Schreibweise der Städtenamen. Auf der Grundlage der guten Beziehungen, die sich durch private und persönliche Kontakte sowohl auf kommunaler wie auch auf der Ebene der Vereine und Verbände entwickelt haben, schließen die Städte Kirchhain und Doberlug-Kirchhain eine Städtefreundschaft.“

Ein Wenig Wasser in den Wein der guten Beziehungen goss Jochen Kirchner, der parteilose Bürgermeister von Kirchhain. Anders als sein Kollege Bodo Broszinski (FDP) aus Doberlug-Kirchhain, der die Gäste in diesem Jahr im Juni im dortigen Rathaus empfing, verweigerte Kirchner den Empfang der Delegation im Kirchhainer Rathaus. Das tut der guten Stimmung jedoch keinen Abbruch, sondern zeigt lediglich dass Höflichkeit hin und wieder auch für Amtsträger Glückssache ist.

Ein Gegenbesuch zur ersten Brandenburger Landesausstellung in der zweiten Jahreshälfte 2014 ist im Terminkalender bereits fettrot angestrichen. Unter dem Motto: „Wo Preußen Sachsen küsst“ widmet sich die Landesausstellung dem Thema „Wiener Kongress“. Wer Interesse hat mitzufahren: Termine und genaue Konditionen werden rechtzeitig veröffentlicht.

Der Kreisvorstand gratuliert recht herzlich:



Rainer Beigel - Herzberg

Anita Lorenz - Lebusa

Frank Fischer - Finsterwalde

Helga Kessel - B. Liebenwerda

Werner Lehmann - Elsterwerda

Gisela Passin - Röderland (Stolzenhain)

Manfred Fay - Elsterwerda

Bob Metzger - Crinitz

Heinz Kretzschmal - Herzbergh

Termine:

11. Januar

Kreisgesamtmitgliederversammlung zur Bestätigung der Direktkandidaten für den Landtag

Ende Februar

Bestätigung der Kandidaten für die Kommunalwahl in den Städten und Gemeinden durch die Mitglieder

Eurokrise: Jetzt droht Deflation!

Helle Aufregung und Empörung hierzulande: Das US-Finanzministerium hat die deutsche Wirtschaftspolitik wegen ihrer dramatischen Außenhandelsüberschüsse kritisiert. Erst in krimineller Weise den Rest der Welt ausspionieren und dann auch noch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands madig machen?! Gleichwohl: Die Vertreter der halbmafiosen und imperialen Weltmacht haben in der Kritik der deutschen Wirtschaftspolitik Recht! Auch vom Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission werden die seit mehr als zehn Jahren viel zu hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse kritisiert.

Die deutsche Exportstärke bei gleichzeitiger Importschwäche führte zunächst zur massiven Verschuldung vieler Länder in der Eurozone. Die Kürzungspolitik, die darauf folgte ist mittlerweile für die deflationären Tendenzen in der Eurozone verantwortlich.

Wie dramatisch die Situation ist, zeigt der Beschluss der EZB vom 7. November die Zinsen auf ein Rekordtief von 0,25 Prozent zu senken. Der Gefahr der Deflation soll begegnet werden. Die Preise in der Euro-Zone sind im Oktober nämlich nur noch um 0,7 Prozent gestiegen, vor Jahresfrist noch um mehr als zwei Prozent. Diese Tendenz zu sinkenden Preisen, also der Deflation, kommt vor allem aus den südeuropäischen Krisenländern. In Griechenland sinken die Preise bereits seit März. Auch Irland, Portugal, Spanien und Zypern nähern sich bedrohlich der Deflation.

Aus Sicht der Verbraucher und der Sparer scheint ein Rückgang der Preise durchaus begrüßenswert. Jedoch werden dann Käufe und Investitionen immer weiter in die Zukunft geschoben, denn morgen kann ja alles billiger sein. Das schwächt die wirtschaftliche Entwicklung und drückt die Preise nur noch weiter nach unten. Gesamtwirtschaftlich birgt die Deflation also hochbrisante Risiken. Japan befindet sich seit den 1990er Jahren in einer Deflationsspirale und hat sich bislang immer noch nicht erholt.

Deutschland hat seit 2000 durch beständige Überschüsse einen massiven Außenhandelsüberschuss in Höhe von insgesamt rund 1,6 Billionen Euro aufgebaut. 2013 wird er sogar auf einen neuen Rekord von 200 Milliarden Euro steigen.

Den Außenhandelsüberschuss konnte und kann das Ausland nicht mit eigenen Warenlieferungen bezahlen, sondern nur durch Schulden, die letztlich auch zu Staatsschulden wurden und weiterhin werden.

Dies ist der zentrale Grund für die Verschuldungskrise vor allem der südeuropäischen Länder.

Die Diagnose für den herrschenden Mainstream, vor allem für Merkel lautet: Die Länder mit Außenhandelsdefiziten sind nicht ausreichend wettbewerbsfähig. Deutschland habe mit der Agenda 2010 vorgemacht, wie Wettbewerbsfähigkeit und damit hohe Außenhandelsüberschüssen erreicht werden können. Deshalb wurden die anderen europäischen Länder gezwungen sich nach dem deutschen Vorbild auszurichten: Lohn- und Sozialkürzungen, faktisch der Export einer verschärften Agenda 2010.

Gleichzeitig wurde mit den Lohn-, aber auch Sozialkürzungen die Nachfrage massiv beschnitten und damit auch die Importe. In dieser Scherenbewegung zwischen tendenziell steigenden Exporten und sinkenden Importen wurden die Leistungsbilanzdefizite verringert oder beseitigt.

Der Teufel wurde jedoch mit dem Belzebub ausgetrieben. Der Preis ist eine Strangulierung der Wirtschaft und Rekordarbeitslosigkeit. Ein massiver Rückgang der Binnennachfrage, die gerade in den südeuropäischen Ländern eine viel größere Bedeutung hat als in Deutschland, lässt diese ohnehin geschwächten Ökonomien in eine tiefe und sich verfestigende Rezession und auch Deflation abrutschen.

Soll der Euro gerettet werden, soll die Deflation verhindert werden, reicht keine massive Senkung der Leitzinsen durch die EZB. Vielmehr muss die Kürzungspolitik vor allem in den südeuropäischen Ländern gestoppt und mit Aufbauprogrammen ihre Wirtschaft wieder ins Laufen gebracht werden. Ein europäischer 'Marshallplan' in Höhe von 600 Milliarden Euro – finanziert durch eine Vermögensabgabe bei Millionären – ist hierzu erforderlich. Und Deutschland muss seinen Außenhandelsüberschuss durch Stärkung der Binnennachfrage, durch deutlich höhere Löhne und massives Investitionsprogramm des Staates in den sozial-ökologischen Umbau abbauen. Durch letzteres können auch Arbeitskapazitäten, die heute noch für Exporte verwandt werden auf Produkte umgelenkt werden, die hierzulande genutzt werden.